

Stelle des Archivars noch nicht vom Tisch

Neue Anfrage des
Bürgermeisters und
der WNK/UWG sorgt
für Unsicherheit in
den Fraktionen.

Von Anja Carolina Siebel

W64
02.04.19

Bürgermeister Rainer Bleek lässt nicht locker in seinen Bemühungen, einen fest angestellten Archivar für das Stadtarchiv zu akquirieren. In einem ausführlichen Schreiben an die Fraktionen legt Bleek noch einmal ausführlich dar, warum er die Stelle eines Archivars für unabdingbar hält.

Und auch von Seiten der Freien Wähler ist die Diskussion mit dem mehrheitlichen Ratsbeschluss noch nicht vom Tisch: WNK/UWG-Vorsitzender Henning Rehse und der Fraktionsgeschäftsführer der Freien Wähler im LVR, Heinz Schmitz, stellten eine Anfrage an den Landschaftsverband Rheinland (LVR). Auch der Bürgermeister hätte in seinem Schreiben erwähnt, dass die Anforderung an die Stelle eines Archivars aus Feststellungen der Archivberatung des LVR resultiere, die die Verwaltung zur fachlichen Beratung hinzugezogen habe.



Ein Stadtarchiv gehört professionell betreut, findet der Bürgermeister.

Symbolfoto: Christian Beier

Freie Wähler stellen einige Fragen

Die Freien Wähler möchten vom LVR unter anderem wissen, wie genau sich die Archivsituation in Wermelskirchen darstellt, welche Defizite vorhanden und welche Abhilfemaßnahmen sofort unabdingbar sind. Allem voran stellen sie aber die Frage: „Stellt die Archivpflege in der Tat eine Pflichtaufgabe dar?“ Und: „Können Ratsmehrheiten diese Pflichtigkeit per Mehrheitsbeschluss ignorieren?“

Eine entsprechende Antwort des LVR, auch auf die Anfrage des WGA, stand bei Redaktionsschluss noch aus, soll aber in den nächsten Tagen folgen.

Bürgermeister Rainer Bleek schreibt in seinen Ausführungen an die Fraktionen unter anderem: „Die Archivberatung des LVR hat das Archiv der Stadt Wermelskirchen am

11. März und 15. Mai 2013 sowie am 4. Dezember 2018 in Augenschein genommen und entsprechende Feststellungen getroffen. Bei den Terminen am 11. März und 15. Mai 2013 lag der Schwerpunkt der Beratung in der räumlichen Unterbringung des Archivguts. Beim Termin am 4. Dezember 2018 wurden auch die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen besprochen.“

Demnach sei „die Archivierung von Unterlagen gemäß Landesarchivgesetz kommunale Pflichtaufgabe, dazu zählen auch digitale Unterlagen“. Diese kommunale Pflichtaufgabe der Archivierung umfasse auch die Erfassung, Instandset-

zung, Erschließung und Erforschung sogenannter „archivwürdiger Unterlagen“.

Der Zustand des Archivs wie auch der Verwaltungsregistratur in den Kellerräumen sei mittelmäßig bis schlecht, schreibt Rainer Bleek. Im grundlegenden Bereich der Aktenbewertung, das heißt, der Auswahl von Akten für eine dauerhafte Aufbewahrung oder deren Aussonderung für die Kassation, sei zudem ein erheblicher Rückstau angefallen. Dies sei seit spätestens 1975, wenn nicht bereits ab 1950 der Fall. Laut Bleek müsste zur sachgemäßen Verwaltung eines Archivs in Wermelskirchen mindestens eine Vollzeitstelle hinzukommen,

CDU-VORSCHLAG: STELLENSTREICHUNG

KOMPROMISS Um den seit 2012 eingeschlagenen Weg der Haushaltssicherung nicht zu gefährden, beantragte die CDU-Fraktion vor der Ratssitzung vorigen Montag die Streichung der Stelle eines Archivars, drei von sechs Stellen für die soziale und technische Betreuung von Flüchtlingen sowie

eine von zwei Stellen für den städtischen Bauhof in den nächsten zwei Jahren. Diese Stellen seien entbehrlich, hieß es in der Mitteilung. Die Fraktionsmehrheit und der Bürgermeister willigten beim Archivar ein. Jetzt könnte es möglicherweise zu einem erneuten Ratsbeschluss kommen.

die ausschließlich für das Archiv gedacht sei. Die Einstellung von Fachpersonal erspare auch die teure Vergabe an Dienstleister oder Externe.“

Unterstützung bekommt Bleek von Volker Ernst, dem Vorsitzenden des Bergischen

Geschichtsvereins Wermelskirchen. „Ein Archiv wie unseres braucht eine Archivdatenbank beziehungsweise ein Fachprogramm zur Erfassung der Dokumente“, sagt Ernst. „Das gehört in professionelle Hände.“
» Standpunkt

STANDPUNKT

Heilloses Durcheinander

Da steigt so richtig ja niemand mehr durch. Möglicherweise bringt die Antwort des Landschaftsverbandes Licht ins Dunkel. Die steht allerdings noch aus. Der Bürgermeister und die Mehrheit der Fraktionen wichen nach Abstimmung in der Ratssitzung zunächst von dem unbedingten Willen, einen festangestellten Archivar zu installieren, ab, um den Beschluss des Haushalts nicht zu gefährden. Allenfalls, so einigten sich die Beteiligten im Rathaus vor einer Woche, sollte ein Archivar kurzfristig angestellt werden, um die Arbeiten zum Stadtjubiläum zu begleiten. Nun sieht es aber so gar nicht danach aus, als ob die Sache vom Tisch sei. Sowohl der Bürgermeister als auch einige Fraktionsvorsit-

zende räumen ein, dass sie ganz klar für die Einstellung eines solchen Mitarbeiters wären. Und: Es könnte sogar eine Pflichtaufgabe für Wermelskirchen sein, sollte der Landschaftsverband ein entsprechendes Signal geben. Fakt ist, dass sich die Fraktionen und der Bürgermeister während der Ratssitzung den Vorgaben der CDU-Fraktion gebeugt haben und jetzt zurückrudern. Das ist tatsächlich etwas verwirrend.

» Stelle des Archivars

...



anja.siebel
@rga-online.de

Landschaftsverband empfiehlt Archivar

Möglicherweise wird jetzt der Ratsbeschluss angefochten. Der Bürgermeister bleibt bei seiner Meinung.

Von Anja Carolina Siebel *WEA 3.4.*

Er sei nicht zurückgerudert, als die Entscheidung über die Streichung der Stelle des Archivars im Ratssaal fiel. Das betont Bürgermeister Rainer Bleek ausdrücklich: „Die CDU-Fraktion hat die übrigen Fraktionen und mich mit der Ankündigung, bei Nicht-Streichung der genannten Stellen dem Haushalt nicht zuzustimmen, quasi unter Druck gesetzt“, erklärt Bleek. Gleichwohl habe er bei der anschließenden Abstimmung gegen die Streichung der Archiv-Stelle gestimmt.

Die betreffende Stelle des städtischen Archivars könnte am Ende auch das Zünglein an der Waage sein, warum der Ratsbeschluss letztlich ungültig werden könnte. Denn es gibt inzwischen eine Stellungnahme des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR). Demnach ist die Archivierung gemäß dem Archivgesetz für Kommunen (§ 10 ArchivG NRW) eine Pflichtaufgabe. Weiter heißt es: „Sie kann auf unterschiedliche Weise erfüllt werden.“ Etwa durch Betreuung durch hauptamtliches oder hauptberufliches Personal, „das die Befähigung für



Rainer Bleek könnte sich unter Umständen gegen den vorliegenden Ratsbeschluss stellen.

Foto: Roland Keusch

eine Laufbahn des Archivdienstes besitzt oder sonst fachlich geeignet ist“, oder auch dadurch, dass das Archiv von einer Dienststelle fachlich beraten wird, „bei der eine Archivarin oder ein Archivar mit der Befähigung für eine Laufbahn des Archivdienstes tätig ist“.

Bei einer Stadt der Größe von Wermelskirchen sei eine hauptamtliche oder hauptberufliche Betreuung durch einen Archivar die Empfehlung des LVR. Dies gewährleiste auch eine fach- und sachgerechte Archivierung amtlicher, auch elektronischer Unterlagen. Eine Verpflichtung zur Einstellung eines Facharchivars erteile der LVR indes nicht. „Wir müssen jetzt intern prüfen, inwiefern der Ratsbe-

schluss vor diesem Hintergrund noch gemeingütig ist“, sagt Rainer Bleek. Denn: Der Bürgermeister kann dann gegen einen solchen Beschluss entscheiden und handeln, wenn er der Gemeindeordnung widerspricht.

Bleek hätte die Unterstützung zumindest einiger Fraktionen

Die Unterstützung einiger Fraktionen hätte Bleek. Denn die Mehrheit hatte während der Ratssitzung aus Kompromissgründen gegen den Archivar gestimmt.

Die WNK/UWG engagiert sich zum Beispiel klar für die Einstellung. Auch deren Fraktionsvorsitzender Henning Rehse hatte wie berichtet eine

Anfrage zur Dringlichkeit der Archivaufgaben in einer Stadt wie Wermelskirchen an den Landschaftsverband gerichtet – und eine sinngemäße Antwort erhalten wie oben beschrieben. Unter anderem heißt es darin, dass eine Archivdatenbank beziehungsweise ein entsprechendes Fachprogramm zur Erfassung von Dokumenten nicht vorhanden sei. Der Zustand des Archivs sei insgesamt mittelmäßig bis schlecht.

Deshalb wandten sich Rehse und seine Fraktion jetzt an den Bürgermeister und Landrat Stephan Santelmann. Mit der Bitte, den Ratsbeschluss vom 25. März zu beanstanden. In dem Schreiben heißt es: „Die

Stellungnahme des Landschaftsverbandes veranlasst mich, Sie offiziell um Prüfung des Vorgangs und die Beanstandung des mehrheitlich in der Ratssitzung vom 25. März im Rat der Stadt Wermelskirchen gefassten Beschlusses von Ihnen zu fordern.“

Denn: „Die beigefügten Stellungnahmen des LVR lassen keinen Zweifel daran, dass es sich um eine pflichtige Aufgabe handelt. Dass diese in der Vergangenheit ohne hauptamtliche Kraft nicht durchführbar war und auch zukünftig nicht sein wird, beweist die derzeitige katastrophale Situation.“ Insofern sei die Ausweisung der Stelle eines Archivars im Stellenplan durch den Bür-

ARCHIVAR

AUFGABE Der Archivar übernimmt, bewertet, erschließt und sichert Schriftgut, welches von öffentlichen und privaten Verwaltungen sowie von Privatpersonen zur langfristigen Aufbewahrung abgegeben wird. Nachweise für Bürger sind dauerhaft verfügbar.

germeister der einzig richtige Schritt.

Henning Rehse bekräftigt noch einmal: „Die Streichung dieser Stelle durch eine Ratsmehrheit ist nicht zulässig, da dadurch eine pflichtige Aufgabe nicht wahrgenommen werden kann.“

WNK/UWG möchte Mitfahrerbanke WEA 13.04

30 gibt es schon im Kreis. Wer darauf sitzt, signalisiert, dass er mitgenommen werden möchte.

Von Anja Carolina Siebel

Die WNK/UWG macht einen Vorschlag für mehr Mobilität: Die Fraktion um Henning Rehe stellt den Antrag, die Verwaltung möge den Einsatz von Mitfahrerbanken prüfen.

Das Prinzip dieser Bänke: Wer darauf Platz nimmt, signalisiert vorbeifahrenden Autofahrern, dass er gerne mitgenommen werden möchte. So können spontan Fahrgemein-

schaften gebildet werden. „Da es auch in Wermelskirchen Bereiche gibt, die weder vom Öffentlichen Nahverkehr noch vom Bürgerbus erreicht werden, bietet es sich an, dieses Modell einer Prüfung zu unterziehen“, findet Olaf Allendorf, Sachkundiger Bürger der WNK/UWG.

In den Kommunen Burscheid, Kürten, Leichlingen und Odenthal gibt es bereits

über 30 solcher Mitfahrerbanken an stark frequentierten Straßen – oder sie sind in Planung. „Gerade älteren oder kranken Leuten sowie jungen Menschen ohne Führerschein eröffnen sich so völlig neue Dimensionen der Mobilität“, heißt es in einer Veröffentlichung des Kreises, auf die die WNK/UWG in ihrem Antrag auch verweist.

Ermöglicht hatte die Aufstellung der Bänke eine Spende

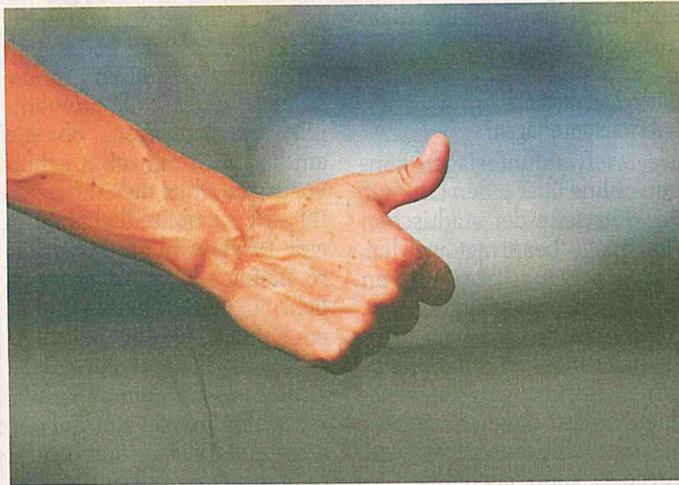
Der genannte Personenkreis sei dann nicht mehr allein auf Busse und Bahnen angewiesen. Ermöglicht hatte die Aufstellung der rund 30 Bänke eine Spende des Werkstoffherstellers Covestro im Sommer 2018. Überzeugt habe das Unternehmen der Leitgedanke dieses in anderen ländlichen Regionen bereits erfolgreich laufenden Projekts: teilen und einander helfen, heißt es beim Kreis dazu.

Die Mitfahrerbanken ersetzen den öffentlichen Nahverkehr nicht, ergänzen aber die

bestehenden Mobilitätskonzepte. Die Sitzbank der Mitfahrerbanken ist mit verschiedenen Klappschildern ausgestattet. So zeigt der Wartende an, wohin er gerne möchte und Autofahrer entscheiden, ob sie die Person mitnehmen – selbstverständlich kostenlos.

Die WNK/UWG schlägt in ihrem Schreiben Haltestellen vor, an denen es sich lohnen würde, die Mitfahrerbanken aufzustellen. „Als Pilotprojekt schlagen wir zunächst zwei Mitfahrerbanken vor“, schreibt Olaf Allendorf. Standorte könnten demnach die RVK-Niederlassung Richtung Burscheid mit den Zielen Braunschweig, Herrlinghausen / Kolfhausen, Döllersweg / Ellinghausen und Löh sein, sowie die Haltestelle Schwarze Delle Richtung Wermelskirchen mit den Zielen Döllersweg / Ellinghausen, Löh, Herrlinghausen / Kolfhausen und Braunschweig.

Der Antrag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 29. April besprochen werden.



„Daumen raus“ ist überflüssig: Wer auf den Bänken sitzt, signalisiert, dass er gern mitgenommen werden möchte. Symbolfoto: Burgi/dpa

Politiker reinigt die Rinnsteine

BH
18.04.

Henning Rehse kritisiert, dass die Ratsmehrheit einige Stellen gestrichen hat.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Bürger zahlen über die Grundsteuer auch für die Straßenreinigung, doch der Pflegezustand lasse stellenweise sehr zu wünschen übrig, wandte sich Henning Rehse jetzt an die Stadt. Der Fraktionsvorsitzende der WNKUWG entdeckte bei seinen Gassi-Runden mit dem Hund durchs Ostviertel, dass die Rinne auf der Goethestraße zwischen Pflanzbeet und Bordstein, die eigentlich dem normalen Wasserablauf, dient, zugewuchert und verstopft war. Rehse: „Das Wasser sucht sich seinen Weg mittlerweile überall hier, nur nicht durch die Rinne.“ Die Rinne müsse offen gehalten werden – nicht zuletzt, weil sie bei Starkregen große Wassermengen aufnehmen muss. Und ausgerechnet auf diesem Bereich stellte die Entsorgungsfirma auch noch Sammelcontainer auf.

Mit der Kritik wolle er aber nicht die Stadtverwaltung, sprich den Bauhof und die Grünflächenfläche, angreifen, betont Rehse. Ihm sei durchaus bewusst, welche großen Flächen die Mitarbeiter zu bewältigen habe. Es werde immer viel von der Stadt gefordert, ohne dass die Politik das erforderliche Personal genehmige. „Ich habe mich geärgert, dass der Stadtrat dem Bürgermeister die Stellen gestrichen hat“, sagt Rehse. Er erinnert an die

Diskussion über den Stellenplan, der 30 neue Stellen bei der Stadt umfasste, die Ratsmehrheit aber fünf Stellen strich – darunter auch eine Stelle für die Grünflächenpflege. Die WNKUWG unterstütze hingegen ausdrücklich in bestimmten Bereichen die Personalanforderungen der Fachämter.

Auch die Pflanzbeete solle die Stadt auf einem Mindeststandard pflegen, fordert Rehse. Er griff selbst zu Besen und Schaufel, um den Rinnstein zu säubern. „Rund 100 Liter Grünzeug und Kehrrecht fielen an, die habe ich dann zum Bauhof gefahren, bezahlt habe ich dafür aber

nicht.“ Nachdem sich Rehse an die Stadt gewandt und Fotos vom Missstand gemailt hatte, reagierte Thomas Marner, Technischer Beigeordneter, prompt. „Aufgrund der großen Fläche unseres Stadtgebietes haben wir immer mal wieder an einigen Stellen derartige Missstände“, räumte er ein. Er sichere zu, dass diese in den nächsten Wochen und Monaten sukzessive beseitigt werden – auch an der Goethestraße.

Außerdem werde die Containerfirma darauf hingewiesen, dass die Behälter mit einem kleinen Abstand vom Bordstein aufgestellt werden sollten.



Vorher: Der Rinnstein an der Goethestraße ist zugewachsen, Container blockieren ein Abfließen des Regenwassers. Nachher: Der Rinnstein ist von Wildwuchs und Kehrrecht befreit. Bei Regen kann das Oberflächenwasser nun wieder sehr gut abfließen. Die Stadt verspricht, zügig zu handeln.

FOTOS (2): REHSE

Fraktion will Mitfahrerbanke als Ergänzung zum ÖPNV BH 23.04.

WERMELSKIRCHEN (cka) Die Fraktion „Wermelskirchener Neue Kommunalpolitik – Unabhängige Wählergemeinschaft“ hat einen Antrag für die Sitzung des Verkehrsausschusses am 29. April gestellt: Im Stadtgebiet sollen Bänke mit Zieltafeln aufgestellt werden, auf denen Bürger Platz nehmen können, die von Autofahrern mitgenommen werden möchten – sozusagen als Ergänzung zu Bus und Bahn. Die Fraktion beantragt konkret, die Verwaltung ein Konzept für die Einrichtung sogenannter Mitfahrerbanke erstellen zu lassen. Aufgestellt werden sollen sie an Orten, wo kaum oder gar keine Busse fahren.

Die Fraktion um deren Mitglied Olaf Allendorf hat auch schon zwei Vorschläge gemacht, an denen Mitfahrerbanke aufgestellt werden könnten: an der RVK-Niederlassung Richtung Burscheid mit den Zielen Braunsberg, Herrlinghausen/Kolfhausen, Döllersweg/Ellinghausen und Löh – und an der Schwarzen



Mitfahrerbanke wurden bereits in Burscheid aufgestellt. FOTO: WNK/UWG

Delle mit den gleichen Zielen, allerdings in Richtung Wermelskirchen.

Das Konzept der Mitfahrerbanke ist simpel: Bürger nehmen auf der Bank Platz, schlagen eine gut sichtbar angebrachte Tafel mit ihrem Ziel auf und signalisieren damit Fahrern, dass sie mitgenommen werden möchten. „Nachbarn können sich so untereinander helfen“, sagt Initiator Olaf Allendorf, der glaubt, dass das Konzept angenommen werden könnte – nach einer Eingewöhnungsphase. „Ich selbst würde auch jemanden mitnehmen, wenn die Richtung passt“, sagt er und spricht von einer „guten Ergänzung zum ÖPNV“.

In anderen Kommunen gibt es bereits an einigen Stellen Mitfahrerbanke, darunter in Burscheid. Wie gut oder schlecht die Bänke dort angenommen werden, darüber vermag Rathaus-Sprecherin Renate Bergfelder-Weiss nicht zu urteilen. Nur so viel: Im zurückliegenden Winter seien sie wohl nicht so gut angenommen worden. Rückmeldungen habe es bisher nicht viele gegeben. Auf der Mitfahrerbank, die vor Kurzem direkt neben dem Rathaus in Burscheid aufgestellt wurde, habe Bergfelder-Weiss bisher auch niemanden sitzen sehen – aber das müsse nichts heißen. Die Fraktion aus Wermelskirchen jedenfalls will an ihrem Antrag festhalten und hofft, dass er im Ausschuss auf Zustimmung trifft.

Verwirrung um Straßenreinigung ⁶⁸¹ ^{74.08}

Nach Aktion von Henning Rehse warnt die FDP: keine falschen Begehrlichkeiten wecken.

VON SOLVEIG PUDELSKI

WERMELSKIRCHEN Muss der Anwohner Fahrbahn und Rinnstein vor seinem Grundstück reinigen? Oder ist das Aufgabe der Stadt? Darüber ist eine Diskussion entbrannt. Aufhänger ist die Reinigungsaktion, die Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender der WNKUWG, vor Ostern freiwillig gestartet hatte, obwohl eigentlich die Stadt für die Reinigung zuständig sei. Nun kritisiert die FDP, dass Rehse mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der Stadt bei Bürgern falsche Begehrlichkeiten wecke. Denn die Stadt habe nur für einen Teil der kommunalen Straßen die Reinigungspflicht übernommen. FDP-Fraktionsgeschäftsführer Marco Frommenkord erinnert an die Satzung der Stadt Wermelskirchen. In einer ganzen Reihe anderer Straßen müssen hingegen die Anlieger die Fahrbahn reinigen.

Wie berichtet, hatte Rehse gegenüber der Stadtverwaltung beklagt, dass die Ablaufrinne an der Goethestraße zugewuchert sei und teilweise mit Containern zugestellt worden war. Somit könne das Wasser nicht abfließen. Gleichzeitig monierte er, dass die Ratsmehrheit eine Stelle in der Grünflächenpflege gestrichen hatte, obwohl sie doch offensichtlich vonnöten sei. Schließ-



Zugeparkte Wohnstraßen behindern die Straßenreinigung. FOTO: SER (ARCHIV)

lich griff er selbst zu Gerätschaften, um die Rinne zwischen Bordstein und Pflanzbeet freizulegen. Thomas Marnier, Technischer Beigeordneter, räumte ein, dass es an einigen Stellen Missstände in Sachen Straßensauberkeit gebe, diese würden aber nach und nach beseitigt.

Doch wo muss der Bürger zu Besen, Schaufel und Harke greifen, um die Straßen zu säubern? Und wo nicht? Darüber herrscht offenbar Unklarheit. Aus der genannten Satzung geht hervor, dass die Stadt die Reinigungspflicht auf die Grundstückseigentümer übertragen kann. Drei Kategorien kommunaler Straßen hat sie festgelegt, sie sind im Anhang aufgeführt: Kategorie A sind diejenigen Straßen, in denen die

Stadt den Kehrdienst und die Winterwartung durchführt – darunter auch der Abschnitt der Goethestraße, an dem Rehse wohnt. Anlieger der Kategorie B haben Kehrdienst, die Winterwartung übernimmt die Stadt. Beide Pflichten haben die Anlieger der Kategorie C-Straßen zu erfüllen.

Auf Wunsch der Politik soll diese Satzung angepasst werden. „Sie soll besser lesbar sein, die Kategorien sollen vereinfacht werden, einige fehlende Straßen sollen in die Liste aufgenommen werden“, sagt Tiefbauamtsleiter Harald Drescher. Aber auch Anlieger der Straßen mit Kategorie A dürfen nicht damit rechnen, dass das Kehrfahrzeug wöchentlich anrollt. „Gereinigt wird nach Jahreszeit und Bedarf“, so Drescher. Ein großes Problem seien dabei jedoch zugeparkte Straßen. Die Kehrmaschine komme oft nicht an die Ränder heran. Einen sogenannten Beikehrer, also einen Mitarbeiter, der von der Maschine schwer erreichbar Ecken händisch nacharbeitet, habe die Stadt nicht – nicht zuletzt aus Kostengründen. Drescher: „Die Gehwege müssen aber alle Anwohner reinigen. Wichtig ist, dass sie den Kehrriech nicht auf die Fahrbahn fegen.“ Das komme immer wieder vor, Rinnsteine setzen sich so zu.